

WELT KOMPAKT

Kirche zahlt nicht für Pädophilie-Opfer

WARSCHAU (SN, APA). Keine Toleranz gegenüber Pädophilie unter Priestern – das verspricht das polnische Episkopat in einem Dokument, das Anweisungen für den Umgang mit Pädophiliefällen beinhaltet. Gleichzeitig werden Entschädigungen für Opfer pädophiler Priester abgelehnt. Dafür seien die Täter selbst zuständig, hieß es.

Gespräche mit Islamistenekte

LAGOS (SN, Reuters). Die nigerianische Regierung hat Menschenrechtlern zufolge erstmals indirekte Friedensgespräche mit der radikalislamischen Sekte Boko Haram geführt. Dabei sei über Unterhändler auch eine Feuerpause diskutiert worden, hieß es. Angesichts des Mangels an Vertrauen ist eine Lösung noch in weiter Ferne.

Steuern: Athen macht Fortschritte

ATHEN (SN, AFP). Griechenland hat mithilfe der EU Fortschritte beim Eintreiben von Steuern und der Nutzung von EU-Fördergeldern gemacht. Zu dem Ergebnis kommen die EU-Experten der Taskforce, die der griechischen Verwaltung im Auftrag der EU-Kommission bei der Bewältigung der Schuldenkrise hilft.

Korruption. Expertin Rosa Ospina-Robledo vergleicht im SN-Interview ihre Heimat mit Österreich.



ALEXANDRA PARRAGH

Beim Thema Korruptionsbekämpfung nimmt sich die kolumbianische Expertin Rosa Ospina-Robledo kein Blatt vor den Mund. Nur beim Namen von Ex-Präsident Alvaro Uribe wird sie im SN-Interview etwas nervös. Seine Anhänger dürfen also auch nach seinem Abgang 2010 noch Einfluss haben.

SN: Wie definieren Sie Korruption? Rosa Ospina-Robledo: Korruption ist Missbrauch von Macht für persönliche Zwecke und für jene, die Macht habenden nahe stehen. Man unterscheidet: die „kleine Korruption“, kleine Schmiergeldzahlungen der Bürger; die sogenannte Weiß-Kragen-Korruption, also Zahlungen von einflussrei-

„Fast wie in Kolumbien“

chen Personen im Wirtschaftsleben, die politische Korruption, bei der es um Einflussnahme auf Regierung sowie Behörden und um Vetternwirtschaft geht; und die Korruption in Zusammenhang mit organisierter Kriminalität.

SN: Wie bekämpft man das?

Ospina-Robledo: Am wichtigsten ist, Korruptionfälle aufzudecken, darüber öffentlich zu diskutieren und sie dann gerichtlich zu verfolgen. Dazu braucht es eine funktionierende Justiz, Behörden, die zusammenarbeiten, eine Gesellschaft, die geschlossen gegen Korruption auftritt, und die Kooperation von Staaten. Die Mafia kennt keine Landesgrenzen.

SN: Wie ist das in Kolumbien?

Ospina-Robledo: Wir haben durchaus Bewegung in der Zivil-

gesellschaft gegen Korruption.

Ein Problem ist aber die schwache Justiz. Und natürlich das organisierte Verbrechen. In Kolumbien ist die politische Korruption besonders ausgeprägt. Ich muss aber sagen, gerade die amtierende Regierung unter Juan Manuel Santos unternimmt viel dagegen. Seit ihrem Antritt wurden mehr als 40 Parlamentarier und fünf General-

anwälte wegen Korruption verhaftet. Man hat aufgedeckt, dass Oppositionelle, Journalisten und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft verfolgt und abgehört wurden. Dabei galt die Regierung Santos als logische Nachfolgerin der Regierung von Präsident Uribe.

SN: Wie gefährlich war die Grün-



Zur Person

Eine Kämpferin

Rosa Ospina-Robledo ist Mitglied bei Transparency International und Gründerin des nationalen Ablegers Transparency International Colombia. Sie beriet die Weltbank und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Die SN sprach mit ihr während ihres Wien-Besuchs auf Einladung von „Globale Verantwortung“, der Dachorganisation für NGOs für Entwicklungszusammenarbeit.

dung von Transparency International Colombia?

Ospina-Robledo: In Kolumbien sind alle Aktivitäten gefährlich, die gegen das organisierte Verbrechen arbeiten. Deshalb glaube ich, dass ich kein größeres Risiko als andere auf mich genommen haben, die für ein besseres Kolumbien kämpfen. Aber man hat mich auch verfolgt und beschuldigt.

SN: Wie beurteilen Sie Österreich?

Ospina-Robledo: Ich bin sehr erstaunt, dass Österreich beim Transparency-Korruptionsindex für fünf Jahre schlechter abschnitten. Dabei galt die Regierung Santos als logische Nachfolgerin der Regierung von Präsident Uribe. Es ist schwer zu glauben, dass neun Prozent der befragten Österreicher zahlen müssen. Dass ist ja fast wie in Kolumbien.